

Beschleunigung der Windgeschwindigkeit 2023?

Große Chancen für die Erneuerbaren im neuen Jahr!

St. Pölten, am 12.1.2023: 2022 war das Jahr der größten Energiekrise seit 50 Jahren. Auch die Bekämpfung der Klimakrise ist 2022 noch drängender geworden. Für den Ausbau der Windkraft hatte das Jahr aber wenig zu bieten und kommt auf dem Ausbauniveau von 2012 zu liegen. Das Jahr 2023 kann zum richtigen Windkraft-Turbo werden. Dafür müssen aber die Ankündigungen auf Bundes- und Landesebene endlich als Gesetze beschlossen werden. „Die Bundesländer müssen aus ihrer Schockstarre erwachen und die Energiewende jetzt unterstützen“, fordert Fritz Herzog, Obmann der IG Windkraft einmal mehr: „Dann kann das neue Jahr zur großen Chance für die erneuerbaren Energien werden.“

2022 wurden netto 65 Windräder mit einer Leistung von 276 MW errichtet. Damit wurden weniger Windräder ausgebaut als 2012. Während der Ausbau von 2012 bis 2014 bei Neufassung des Ökostromgesetzes deutlich zunahm, zeigt der Blick über 2022 hinaus wieder eine Abwärtsbewegung. „Die Jahresbilanz der Windkraft 2022 zeigt deutlich, dass die Rahmenbedingungen für den Windkraftausbau nach wie vor nicht optimal sind“, bemerkt Moidl: „2022 war das Jahr der wenigen Ankündigungen und nur ganz wenige Änderungen für die Windenergie wurden umgesetzt. Der Ausbau der Windkraft konnte daher noch gar nicht beschleunigt werden und befindet sich auf dem Niveau von 2012. Eigentlich eine überraschende Bilanz, wo wir uns doch in der schlimmsten Energiekrise seit 50 Jahren befinden und die Klimakrise immer drängender wird.“

Ausschreibungen deutlich unterzeichnet

Seit 2020 hatte die Windkraft keine Fördermöglichkeit für neue Windräder in Österreich. „Mehr als 1.000 Tage ohne sichere Rahmenbedingungen helfen nicht gerade, den Turbo beim Ausbau der Windkraft zu starten“, so Moidl. Die genauen Rahmenbedingungen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes waren erst im Oktober klar, kurz vor dem tatsächlichen Ausschreibungstermin. Für 200 MW war die Förderung auf Antrag möglich, welche zu überwiegendem Ausmaß genutzt wurde. Vom Ausschreibevolumen von 190 MW Windkraftleistung wurden aber nur 45 MW geboten. Derzeit sind rund

180 Windräder mit einer Leistung von 750 MW in erster Instanz genehmigt. Ein Drittel dieser Projekte befindet sich im Instanzenzug und kann daher nicht mitbieten. „Dies zeigt, dass die Betreiber derzeit sehr vorsichtig bei der Teilnahme an der Ausschreibung sind“, so Moidl: „Das ist nicht weiter verwunderlich, und zeigt wie schon in anderen Ländern, dass der Umstieg auf Ausschreibungen den Windkraftausbau ordentlich herausfordert“, so Moidl.

UVP-G und EABG müssen rasch beschlossen werden

Sowohl die Novelle des UVP-Gesetzes als auch das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) können Meilensteine für den Ausbau der erneuerbaren Energien sein. „Jetzt kommt es darauf an die Ankündigungen auch rasch im Nationalrat zu beschließen, denn erst wenn die Gesetze in Kraft sind, können sie ihre Wirkung entfalten“, so Ursula Nährer, Chefjuristin der IG Windkraft. Derzeit befinden sich 150 Windräder mit einer Leistung von 800 MW in Genehmigungsverfahren. Für diese Projekte ist ein rascher Beschluss der angekündigten Gesetzesänderungen im Nationalrat von entscheidender Bedeutung. „Wir hoffen damit die Genehmigungszeiten deutlich reduzieren zu können“, bemerkt Nährer: „Derzeit liegen diese zwischen 5 und 8 Jahren.“

Bundesländer müssen Chancen der Energiewende erst ergreifen

Auf Ebene der Bundesländer ist 2022 nur ganz wenig für die Energiewende umgesetzt worden. Das Burgenland hat die Klimaneutralität 2030 und damit einen starken Ausbau der Erneuerbaren beschlossen, Salzburg hat als einziges Bundesland neue Zonen für die Windkraft ausgewiesen und kleine Verbesserungen für das Repowering in Niederösterreich wurden beschlossen. Einen verstärkten Ausbau der Windkraft haben einige Bundesländer, teilweise mit neuen Zielsetzungen, in Aussicht gestellt, Beschlüsse für veränderte Rahmenbedingungen gab es selten. „Für einen Turbo beim Ausbau der Windkraft reicht das bei weitem nicht aus“, so Fritz Herzog, Obmann der IG Windkraft: „Die Bundesländer müssen jetzt aus der

Schockstarre erwachen und die Stolpersteine für die Energiewende rasch aus dem Weg räumen, dann kann der Ausbauboom bei der Windkraft in drei Jahren voll beginnen. Weisen die Bundesländer keine neuen Flächen für den Windkraftausbau aus und stellen sie kein neues Personal in den Genehmigungsbehörden ein, werden wir auch in drei Jahren auf die Energiewende warten müssen. In Zeiten der Energie- und Klimakrise ist dies ein klarer Auftrag an die Landespolitik damit der Hoffnungsschimmer für Wirtschaft und Bevölkerung auch Realität werden kann,“ und Moidl ergänzt abschließend: „Die Erneuerbaren sind die Lebensversicherung für die heimische Wirtschaft und der Garant für eine leistbare Energieversorgung der Bevölkerung.“

Umfangreiche Unterlagen zum Thema finden Sie unter www.igwindkraft.at/presse.